



ver.di

Betriebsgruppe

Universität Stuttgart

Lieber Kollege Bsirske,

die ver.di Betriebsgruppe an der Universität Stuttgart hat sich ausführlich mit dem diesjährigen Tarifabschluß TVL beschäftigt und den nur ungenügend stattgefundenen Aktivitäten.

Wir sind eine Betriebsgruppe, die sich bereits ab 2004 nach der Kündigung der Arbeitszeit durch die TdL und der einseitigen Verlängerung auf 41 Stunden in BaWü, mit Aktionen, Warnstreiks und Demonstrationen in der Öffentlichkeit deutlich zu Wort gemeldet hat. Obwohl auch wir immer nur Minderheiten waren wollten wir doch nie kampflos aufgeben. In diesen Auseinandersetzungen sind wir stärker und selbstbewusster geworden. In dieser Auseinandersetzung haben wir festgestellt wie wichtig zeitgleiche Aktionen mit den KollegInnen aus den Kommunen sind. Denn als Ende 2005 bei uns etwas die Luft raus war konnten wir dann Anfang 2006 gemeinsam mit den KollegInnen auf die Straße gehen. Das hat uns Stärke und neuen Mut gegeben auch wenn es uns allen klar war, dass wir für unseren Abschluß selbst kämpfen müssen. Deshalb waren wir enttäuscht und erbost über das was ihr in diesem Jahr gemacht habt.

Da ist zum einen die Laufzeit von 2 Jahren, so dass der öffentliche Dienst wieder nicht zusammen kommt, zum anderen das Ergebnis als solches, das durch die Streichung des § 18 TVL (Leistungsentgelt) mehr als bescheiden wird. Vor allem aber der Skandal, dass wir von unserer Organisation belogen werden. 5,8 % wurde großspurig verkündet. Wird alles eingerechnet (Streichung §18 TVL, Laufzeit) so sind es nicht einmal in der EG 1 Stufe 1 diese 5,8 %. Nun waren wir nie für dieses Leistungsentgelt, da es mit Sicherheit nicht immer an alle ausgezahlt worden wäre und es dann in der Folge dazu führt, die Belegschaften zu spalten. Doch haben wir 2006 dieses Leistungsentgelt durch niedrigere Abschlüsse bezahlt, es war nicht eine Zugabe der TdL. Jetzt wird es uns genommen ohne dafür einen adäquaten Ausgleich zu schaffen.

Dieses Schönreden, dieser unehrliche Umgang mit den Mitgliedern hat zu zahlreichen Austritten geführt und zur Demotivation vieler der verbliebenen Mitglieder. Wie wir künftig neue Mitglieder, geschweige denn Auseinandersetzungen, gewinnen können wissen wir noch nicht. Ein deutlicher Ausdruck dieser Situation ist die Abstimmung bei der Mitgliederbefragung in unserem Bereich, ganze 7% waren dafür.

Nun braucht man uns nicht zu erklären, wir seien eben nicht stark genug gewesen, das wissen wir selbst. Aber was wird getan um stärker zu werden? Ein solcher Abschluß dient dazu jedenfalls nicht. Warum musste ein Abschluß auf Teufel komm raus sein? Wir sind der Meinung zu diesem Zeitpunkt wäre kein Abschluß besser

gewesen. Es wäre sinnvoll gewesen den Druck auf die Arbeitgeber weiter zu erhöhen.

Wir möchten einen Anstoß geben einmal über die gewerkschaftliche Strategie nachzudenken. In Bereichen mit niedrigem Organisationsgrad muß beispielsweise anders vorgegangen werden als in Bereichen mit einem hohen. Vielleicht stellt sich aber zunehmend überhaupt die Frage nach einer Strategiediskussion. Dazu einige Gedanken - in Wahljahren ist die Politik besonders druckempfindlich und davon gibt es in diesem Jahr gleich zwei bundesweit (Eu-Wahl und Bundestagswahl) dazu noch in einigen Bundesländern Kommunalwahlen. Gerade in einem solchen Jahr können die öffentlichen Arbeitgeber eine ständige Unsicherheit, ständige Nadelstiche nicht gebrauchen. Was wäre wenn beispielsweise immer vor und während der Wahlen die Statistischen Landesämter streikten? Was wäre beispielsweise gewesen, wenn jetzt am vergangenen Wochenende beim Nato-Gipfel die Polizeibeamten Dienst nach Vorschrift gemacht hätten? Es gäbe in vielen Bereichen konkret vor Ort noch mehr Beispiele, die deutlich machen, ein Abschluß um jeden Preis wäre nicht notwendig gewesen. Auch uns an der Universität Stuttgart wäre dazu noch vieles eingefallen. Vor allem hätten wir im nächsten Frühjahr wieder gemeinsam mit unseren KollegInnen aus dem VKA-Bereich auf die Straße gehen können. Warum wurden solche Überlegungen nicht einmal Ansatzweise diskutiert? Ist die Gewerkschaftsführung so mit den politischen Parteien verbandelt, dass man im Wahljahr seinen Parteifreunden nicht wehtun will? Das wäre ein untragbarer Zustand, der dringend geändert werden müßte. Ihr werdet immerhin von unseren Mitgliedsbeiträgen bezahlt.

Wir fordern euch auf die Tarifrunde 2011 bereits jetzt vorzubereiten und die entsprechenden Überlegungen breit zu diskutieren.

In Erwartung einer Antwort, mit kollegialen Grüßen  
ver.di Betriebsgruppe Universität Stuttgart  
Stuttgart den 8.4.2009

Kontakt: XXX

Dieser Brief geht zur Information an den ver.di Bezirk Stuttgart